

Teltow-Fläming

Friedenstüchtig, nicht kriegstüchtig!

Gedenken an den
Gräbern der Kriegstoten



Foto: F. Thier



Foto: F. Thier

Der Volkstrauertag war in diesem Jahr der 16. November. Das Gedenken des Landkreises fand dieses Mal in Luckenwalde, zusammen mit der dortigen Stadtverordnetenversammlung, statt. In Luckenwalde ist es Tradition, dass die Fraktionen im jährlichen

Wechsel die Worte des Gedenkens sprechen. In diesem Jahr war damit unsere dortige Fraktion Die Linke/LÖS an der Reihe. **Die Rede des Vorsitzenden, Felix Thier, veröffentlichen wir nachfolgend im Wortlaut:**

Dieser Tage im November gedenken wir mehrerer Ereignisse in unserer Geschichte.

Am 9. November jährte sich die Reichspogromnacht zum 87. Mal. Damals brannten Synagogen, jüdische Geschäfte, sogar Wohnungen wurden gestürmt.

Jüdinnen und Juden wurden von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, von ihren Nachbarinnen und Nachbarn angegriffen, verschleppt, verletzt, getötet. Und das war der Auftakt zu dem, was folgen sollte: Entrechtung, Ermordung, die massenhafte und systematische Vernichtung jüdischen Lebens.

Die Pogrome waren ein weiterer Schritt zu dem Weltenbrand, den unser Land mit dem Beginn des 2. Weltkrieges am 1. September 1939 entfachte. Und der am Ende dazu führte, was wir hier heute vor uns sehen – Kriegsgräber. Zum Volkstrauertag wird der Opfer von Gewalt und Krieg gedacht. Gewalt und Krieg, von Menschen verursacht und anderen Menschen angetan.

Über den Gräbern der Toten von einst ist Frieden. Doch auch in unserer Zeit gibt es immer noch Gewalt und Krieg, sterben Menschen durch Menschen. Heute wird wieder von Kriegstüchtigkeit gesprochen, aufgerüstet, gekämpft um Macht und Einfluss. Fakt ist: auf Aufrüstung folgt Aufrüstung. Die Spirale ist längst in Gang

gesetzt. Und der Chor des Säbelraschels wird zunehmend lauter.

Wir reden wieder über Wehrpflicht. Dabei bestimmen Politikerinnen und Politiker im fortgeschrittenen Alter über die Jugend unseres Landes. Beklemmend finde ich, wenn diese Debatte zum einen ohne eben diese Jugend geführt wird.

Und noch viel mehr wühlt es mich auf, wenn in dem Zusammenhang auch von möglichen Losverfahren gesprochen wird.

Wo ist in dieser Debatte die Stimme der jungen Menschen? Über sie wird von Personen an Schreibtischen entschieden, die wohl selbst kaum in der Frontlinie stehen werden.

Fakt ist: Die Jugend unseres Landes will sich einbringen, mitgestalten. Ihnen ist dieses Land nicht egal. Aber reden wir doch dann über soziale Pflichtdienste als erste Option und nur auf ausdrücklichen Wunsch hin über den Dienst an der Waffe. Und gerade bei den sozialen Diensten gibt es so mannigfaltige Betätigungsfelder. Dienst im Rettungswesen, in der Pflege, im Katastrophenschutz – sprich ziviles Engagement.

Junge Menschen von heute haben die Lage von heute nicht herbeigeführt. Sie wurden in die Lage geboren, die ihre Elterngeneration mitverursacht hat. Sie haben diese Lage nicht herbeigeführt, sollen aber für Entschei-

dungen anderer an die Waffe. Und im Zweifel liegen unsere Kinder dann in Gräbern wie diesen, an denen wir heute mahnend und trauernd stehen. In einigen Augen hier lese ich bei diesen Worten »Träumer« heraus. Aber was ist falsch daran, vom Frieden zu träumen? Sollten sich nicht viel mehr die Menschen hinterfragen, die Frieden nicht an oberster Stelle sehen? »Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio.«, sagte Willy Brandt am 11. Dezember 1971 anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises. Das ist jetzt 54 Jahre her. Hat sich die Menschheit seitdem weiterentwickelt?

Nennen Sie mich Pazifist. Aber in mir sträubt sich alles, wenn ich Worte wie »kriegstüchtig werden« höre und lese. Nein, friedentüchtig müssen wir sein und werden! Das ist die einzig vernünftige Reaktion beim Blick auf diese Gräber hier!

Und ja, auch das gehört zur Wahrheit dazu: In diesen Gräbern liegen Opfer und Täter.

Reinhard Mey sang einst: »Nein, meine Söhne geb' ich nicht.« Ich meine, recht hat er. Denn unsere Söhne sollten weder Opfer noch Täter werden.

Am Volkstrauertag gedenken wir einmal im Jahr an den Gräbern der Opfer von Gewalt und Krieg.

Setzen wir Lebenden uns an den anderen 364 Tagen eines jeden Jahres für den Frieden ein.

Wir sind es unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.

Großbeeren

Wieder einmal Unruhe in Großbeeren

In Großbeeren reißen die Diskussionen um den erst seit dem 1. September amtierenden Bürgermeister Martin Wonneberger nicht ab. Seit Anfang November prägen wieder Vorwürfe, politische Spannungen und eine zunehmend emotionalisierte Online-Debatte das Bild der Gemeinde. Was eigentlich eine transparente Aufarbeitung und eine sachliche Auseinandersetzung bräuchte, droht in persönlichen Anfeindungen und medialen Zuspitzungen zu versinken. Ausgangspunkt ist die Frage, wann Wonneberger genau seine Arbeit als Bürgermeister hätte aufnehmen müssen, ob er Doppelbezüge aus Soldatensold und Beamtensold erhielt und ob

er wissentlich ein Fernbleiben verschuldet hat. Während die Gemeindevertretung unterschiedliche Einschätzungen diskutiert, trägt vor allem das Verhalten des ehemaligen Bürgermeisters Tobias Borstel zur Verschärfung des Tons bei. Statt zur Beruhigung beizutragen oder den demokratischen Strukturen Raum zur Klärung zu geben, mischt er sich auf sozialen Plattformen immer wieder in laufende Verfahren ein. Seine Kommentare wirken weniger wie verantwortungsbewusste Hinweise eines früheren Amtsinhabers, sondern zunehmend wie persönliche Abrechnungen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Märkische Allgemeine Zei-

tung (MAZ). Ihre Berichterstattung stellt zwar wichtige Informationen bereit, folgt aber häufig einer Dramatisierungslogik, die Konflikte eher verstärkt als einordnet. Die Auswahl der zugespitzten Überschriften und einseitigen Stimmen trägt dazu bei, dass viele Menschen den Eindruck einer vorverurteilenden Darstellung gewinnen. Eine ausgewogene Analyse der strukturellen Probleme – etwa im Umgang zwischen Verwaltung und Gemeindevertretung – bleibt dabei oft auf der Strecke. In den Facebook-Gruppen entlädt sich schließlich, was in den Medien vorbereitet wird: ein hitziger Meinungskampf, in dem sachliche Stimmen schnell untergehen.

Kritik wird dort häufig mit persönlichen Angriffen beantwortet, während differenzierte Beiträge kaum Gehör finden. Diese Dynamik schadet nicht nur dem Bild der Gemeinde, sondern untergräbt auch Vertrauen in demokratische Prozesse. Gerade in solchen Situationen braucht es politische Verantwortung, mediale Sensibilität und eine Kultur des respektvollen Austauschs. Für uns als Linke ist klar: Kommunalpolitik lebt von Transparenz, demokratischer Kontrolle und Dialog – nicht von öffentlicher Eskalation. Großbeeren verdient eine Debatte, die Probleme klärt, statt Gräben zu vertiefen.

Robert Kosin,
Mitglied der Gemeindevertretung

Am Mellensee

Ein Blick aus der Gemeinde Am Mellensee

Der Haushalt 2025 der Gemeinde Am Mellensee macht die finanzielle Schieflage unübersehbar. Mit Einnahmen von 16.531.004 Euro und Ausgaben von 20.821.620 Euro entsteht ein Defizit von 3.324.316 Euro. Diese Zahl ist nicht nur ein Rechenwert – sie zeigt, dass unsere Gemeinde seit Jahren strukturell falsch plant und jetzt die Konsequenzen tragen muss. Die Wahrheit ist: Die Gemeinde muss endlich stärker in die Verantwortung genommen werden, denn es wurde vieles verbockt und zu lange schöngeredet. Die Folgen zeigen sich überall im Alltag. Freiwillige Leistungen brechen weg, weil kein Geld mehr da ist. Die Rentner-Weihnachtsfeier, die für viele ältere Menschen ein wichtiger sozialer Fixpunkt ist, kann ohne Spenden kaum noch stattfinden. Der Zuschuss der Gemeinde reicht beispielsweise in Sperenberg vorne und hinten nicht, sodass Bürgerinnen und Bürger selbst Spenden sammeln mussten, damit die Veranstaltung überhaupt möglich war. Das ist beschämend für eine Gemeinde unserer Größe und zeigt deutlich, wie weit wir uns bereits heruntergewirtschaftet haben. Auch die

Vereine bekommen die finanziellen Probleme der Gemeinde zu spüren. Steigende Pachten und zusätzliche Gebühren belasten gerade jene Organisationen, die unser gesellschaftliches Leben tragen. Statt Vereine zu stärken, zwingt man sie dazu, mehr zu zahlen, obwohl sie ehrenamtlich arbeiten und einen unschätzbaren Beitrag für Sport, Kultur, Jugend und Gemeinschaft leisten. Die Gemeinde macht es sich hier zu leicht – und die Falschen müssen die Zeche zahlen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben der Gemeinde Jahr für Jahr. Ohne klare und verantwortungsvolle Planung wird das in Zukunft unweigerlich zu Steuererhöhungen führen. Die Menschen in Am Mellensee werden dann die Last schlechter Entscheidungen tragen müssen, obwohl sie sie nicht verursacht haben. Ein besonders drastisches Beispiel für Fehlkalkulationen ist der Feuerwachenbau in Mellensee. Ursprünglich wurden 3,4 Millionen Euro eingeplant. Doch jetzt müssen zusätzlich 2.383.500 Euro als Nachtrag bereitgestellt werden – und es ist absehbar, dass diese Summe weiter steigen wird. Dabei handelt es sich um eine Pflichtausgabe, für die die

Gemeinde nur unzureichend gefördert wird, sodass die Kosten größtenteils selbst getragen werden müssen. Trotzdem plant die Gemeinde bereits den nächsten Wachenbau samt Bauhof in Rehagen, und kaum ist dieser Gedanke ausgesprochen, steht schon das Projekt in Klausdorf auf der Liste. So entsteht eine Kette von Bauvorhaben, die finanziell völlig unrealistisch ist. Die Gemeinde kann diese Projekte nicht aus eigener Kraft stemmen, und genau deshalb fällt immer häufiger das Wort »Mitkauf« – also die Suche nach Partnern, die mitfinanzieren, weil wir es alleine nicht mehr schaffen. Zusätzlich zeigt die Entscheidung, Fördermittel für den Wasserweg-Rastplatz zurückzugeben, dass die Gemeinde Chancen auf externe Unterstützung ungenutzt lässt – selbst wenn Mittel vorhanden wären, die Projekte oder Infrastruktur entlasten könnten. Das zeigt klar: Die Gemeinde muss lernen, besser zu kalkulieren. Über Jahre hinweg wurde zu optimistisch geplant, zu spät korrigiert und zu wenig kontrolliert. Projekte starteten, bevor die Kosten wirklich durchgerechnet waren. Nachträge häuften sich, weil Planungsfehler nicht rechtzei-

tig erkannt wurden. So rutschen wir von einem Defizit ins nächste. Was es jetzt braucht, ist Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein. Die Gemeinde muss künftig sorgfältiger planen, transparenter arbeiten und endlich Prioritäten setzen, die realistisch sind. Es darf nicht länger passieren, dass soziale Angebote gekürzt werden, Vereine belastet werden und Bauprojekte aus dem Ruder laufen, während niemand bereit ist, die Verantwortung für diese Fehlentwicklungen zu übernehmen. Am Mellensee braucht eine Politik, die professionell handelt, die Zukunft im Blick hat und die Menschen der Gemeinde nicht mit den Folgen schlechter Entscheidungen alleinlässt.

Doreen Schulze, *Mitglied der Gemeindevertretung, Vorsitzende des Bauausschusses*

Doreen Schulze



Foto: J. Klemt

Jüterbog

Neues aus der Stadtpolitik

Die Benutzungs- und Endgeldordnung für Sportstätten in Jüterbog wird schon seit Monaten in der Stadtverordnetenversammlung heiß diskutiert. Am 26. November stand dazu nun eine Abstimmung zu wichtigen Eckpunkten an. So will ein Großteil der Stadtverordneten, dass weiterhin Parteitage in der Wiesenhalle stattfinden dürfen. Die Miete hierfür wird von 2.000 Euro auf 10.000 Euro pro Tag erhöht. Wir als Fraktion glauben nicht, dass dies die AfD abhalten wird. Alle Argumente, die wir dagegeengehalten haben, führten leider nicht dazu, Parteitage in der Wiesenhalle zu verbieten. Auch ist eine ursprünglich angedachte 2/3 Mehrheit zur möglichen Erlaubnis von Parteitagstagen damit nicht mehr erforderlich – welche sich aber nach der Abstimmung in der Sitzung auch hätte nicht mehr finden lassen. Erfreulich war jedoch die Wahl des Jugendbeirates.

Wir hatten zusammen mit SPD und dem Bürgerbündnis einen Antrag gestellt, die Anzahl der Mitglieder von maximal zehn auf 23 Personen zu erhöhen. Bewegt zu diesem Antrag hat uns die Bereitschaft der Jugendlichen: Es gab 22 Bewerbungen für die Mitarbeit im Jugendbeirat! Unser Antrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt, weil man von einem zu hohen Aufwand für die Verwaltung sprach. Die Satzung könne man frühestens im neuen Jahr ändern und eine Stellvertreter-Regelung für die Jugendlichen finden, die nicht in den Beirat gewählt wurden. Diese Ablehnung ist und bleibt für uns nicht nachvollziehbar. In der Kitadebatte sind wir kein Stück weitergekommen. Auch hier arbeiten wir eng mit dem Bürgerbündnis zusammen. Der aktuelle Standort der Kita Glühwürmchen kann laut Aussage der Verwaltung nicht gehalten werden. Man biete

der Kita daher ein neues Gebäude an. Der ist zwar in einem anderen Stadtteil von Jüterbog, aber dafür würde der Verein eine neue Kita bekommen. Der Verein hat dies bereits mit den Eltern besprochen und sich gegen die Kita auf dem Neumarkt entschieden. Die Stadt möchte sich hier nicht groß äußern, da sich der Verein und die Stadt noch immer in einem Verfahren befinden. Die Stadt möchte der Kita Glühwürmchen weiter die neu entstehende Kita anbieten und hofft, dass sie das Angebot irgendwann annehmen. Fakt ist aber auch, dass der eingereichte Bauplan für die Kita Neumarkt von der Bauaufsichtsbehörde bislang abgelehnt ist.

Wir argumentieren, dass die Größe der entstehenden Kita nicht zu den freien Kitaplätzen in der Stadt passt. Wir haben im letzten Sozialausschuss auch unseren Unmut hierzu deutlich geäußert. Dieses Thema wurde durch das noch laufende Verfahren im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt. Wir haben ausdrücklich darum gebeten, dass beide Seiten hierzu Stellung beziehen und auch dem Ausschuss ihre Sicht darlegen sollten. Nur so können wir uns auch einen objektiven Gesamteindruck verschaffen und das Für und Wider abwägen.

Max Zauber, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung



Rathaus Jüterbog

Foto: Thie

Niedergörsdorf

Generationswechsel unserer Fraktion

Nach 35 Jahren aktiver Mitarbeit als Gemeindevertreter in unserer Gemeinde Niedergörsdorf legte Bernd Dieske zum 31.10.2025 sein Mandat nieder. Er wurde mit ehrenden Worten durch die Bürgermeisterin Doreen Boßdorf und die Hauptamtsleiterin Andrea Schütze sowie viel Applaus der Gemeindevertreterinnen und -vertreter und der anwesenden Bürgerinnen und Bürger verabschiedet.

Ich durfte als Vorsitzende der Gemeindevertretung die Laudatio halten. 1990 wagte Bernd Dieske gemeinsam mit seinem Geschäftspartner Wolfgang Liesick mit der Gründung der Baufirma »Flämingbau Langenlippsdorf« den Sprung in die Selbstständigkeit und wurde auch Mitglied der Gemeindevertretung in seinem Heimatdorf. Mit der Gründung des Amtes Niedergörsdorf wurde er für vier Jahre Mitglied im Amtsausschuss und anschließend Gemeindevertreter der Gemeinde Niedergörsdorf mit seinen 22 Ortsteilen. Er arbeitete



D. Boßdorf, A. Schütze, B. Dieske und E. Liese



M. Wolf



A. Schreiber

Alle Fotos: privat

aktiv in den Ausschüssen und vier Jahre als Vorsitzender der Gemeindevertretung. Mit seinen fachlich fundierten Vorschlägen und Beiträgen und immer mit dem Blick, das Beste für die Gemeinde zu erreichen, trugen seine Vorschläge und Beiträge dazu bei, das sich unserer Gemeinde gut entwickelte. Besonders seine Bitte und Mahnung, den Haushaltsplan immer im Dezember des Vorjahres zu beschließen, damit von Beginn an zielgerichtet die anstehenden Aufgaben angepackt werden können und auch die ausführenden Betriebe Planungssicherheit be-

kommen, haben viele Mitglieder der Gemeindevertretung verinnerlicht. Damit übergab er den Staffelstab an seinen Nachfolger Marcel Wolf aus Blönsdorf. Marcel Wolf (42 Jahre) wohnt noch nicht lange in unserer Gemeinde, hat aber durch viele Aktivitäten und einem tollen Wahlkampf mit uns »alten Hasen« die Wählerinnen und Wähler begeistert und ein gutes Ergebnis bei der Kommunalwahl erreicht. Als sachkundiger Einwohner arbeitete er schon im Sozialausschuss mit. Nun wird er als Mitglied unserer Fraktion im Sozialausschuss

vertreten. Für die Mitarbeit als sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss konnten wir unsere neue Genossin Saska Geppert (35 Jahre) aus Blönsdorf gewinnen. Komplettiert wird unser Team durch unsere Genossin Annette Schreiber, die selbst jahrelang Gemeindevertreterin war und uns seit Jahren als sachkundige Einwohnerin im Bauausschuss vertritt.

Edeltraut Liese, Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der Gemeindevertretung Niedergörsdorf

Aktuelles aus der Stadtpolitik

Am 2. Dezember traf sich die Stadtverordnetenversammlung zur letzten Sitzung des Jahres. Nachfolgend findet sich ein auszugswieser Bericht.

Jahresabschluss 2023

In aller Kürze die nüchternen Zahlen: Das ordentliche Ergebnis schließt nach Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt mit einem Überschuss in Höhe von 960.552,11 Euro ab und fließt in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses. Dessen Bestand erhöht sich damit auf 12.409.222,99 Euro. Das außerordentliche Ergebnis weist nach Prüfung einen Überschuss in Höhe von 976.221,95 Euro aus und wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses weist einen Bestand in Höhe von 5.257.057,60 Euro aus.

Straßenreinigung, Wasser und Abwasser

Alles wird teurer, sollte man meinen. Ob nun bei der Straßenreinigung oder bei der Wasser- und Abwasserbewirtschaftung: am Ende ist es immer ein Weiterreichen der Kosten an die Bürgerinnen und Bürger. Gesetzlich sind wir als Stadtverordnete dazu verpflichtet, denn es ist der Stadt bzw. ihrem Zweckverband kostendeckendes Arbeiten vorgeschrieben. Das hat dann aber auch einmal zur Folge, dass Gebühren gesenkt werden können, wie zum Beispiel beim zentralen Abwasser. Bei anderen Punkten wiederum, zum Beispiel der Straßenreinigung, steigt aber die Gebühr.

- 4. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung: **einstimmiges Ja.**
- 8. Änderung der Gebührensatzung für die zentrale Abwasserbeseitigung: **einstimmige Zustimmung.**

- 3. Änderung zur Gebührensatzung dezentraler Abwasser- und Klärschlamm Entsorgung: **einstimmig beschlossen.**
- Änderung der Preise zur Wasserversorgung: **einstimmig beschlossen.**

Sanierung der Fläming-Therme mithilfe von Bundesförderung?

Trotz regelmäßiger Wartung sind nach 25 Jahren Dauerbetrieb Abnutzungerscheinungen an der Fläming-Therme erkennbar. Die Bewirtschaftungskosten für Wärme und Energie steigen rasant an. Die technische Ausstattung ist erneuerungsbedürftig. Ein auf Bäderbau spezialisiertes Planungsbüro stellte bei einer Zustandsanalyse im Sommer 2025 einen Sanierungsbedarf von rund zehn Millionen Euro fest. Abhilfe könnte hier das im Oktober 2025 veröffentlichte »Bundesprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten« leisten. Hier werden Kommunen dabei unterstützt, ihre Sportstätten von besonderer regionaler und überregionaler Bedeutung im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu erhalten und zu modernisieren. Eine Förderung kann bis zu 45 Prozent betragen, maximal acht Millionen Euro. Voraussetzung ist unter anderem die Einreichung einer Projektskizze bis zum 15. Januar 2026, verbunden mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, dass sie die Teilnahme am Projektauftrag billigt.

Der Eigenanteil von 55 Prozent könnte aus dem »Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz« des Bundes fließen. Als Luckenwalder Anteil daran wurden rund 9,2 Millionen Euro angekündigt. Sicher ist, dass aus dem Sondervermögen Maßnahmen der Bildung und des Sports und der Gesundheitsvorsorge finanziert werden dürfen. Es könnte für die Stadt Luckenwalde finanziell also recht glimpflich

Blick auf das Luckenwalder Turmfest



Foto: F. Thier

ausgehen. Einen wichtigen Schritt haben die Stadtverordneten dazu getan: Die Beschlussvorlage mit der Interessenbekundung wurde einstimmig angenommen.

Abschluss von Verträgen für das Turmfest 2026

Im Bürgermeisterwahlkampf wurde von mehreren Kandidaten betont, dass es am Turmfest Veränderungs- und Verbesserungsbedarf geben würde. Als Ergebnis von intensiven Diskussionen in der Turmfest-Arbeitsgruppe und dem Fachausschuss hat sich herauskristallisiert, das bei den Kosten gespart werden sollte. So war ursprünglich ein Budget von bis zu 250.000 Euro vorgesehen. Nach den Hinweisen und Vorschlägen des neu gewählten Bürgermeisters Jochen Neumann (parteilos) stellte die Verwaltung neue Variantenrechnungen an. So kam es unter anderem zu einem Kostenbeispiel von 161.000 Euro. Dies griff die CDU-Fraktion auf und stellte einen entsprechenden Antrag zur Änderung der ursprünglichen Vorlage zur Abstimmung. Dieser fand unter den Stadtverordneten, bei Enthaltung durch die Fraktion SPD/Grüne und der Bürgermeisterin und einer Nein-Stimme, mit großer Mehrheit Zustimmung.

Bürgermeisterin in letzter regulärer Arbeitssitzung verabschiedet

Diese Sitzung der Stadtverordnetenversammlung war die letzte reguläre für die Bürgermeisterin Elisabeth Herzog-von der Heide. Am 5. Januar gibt es eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung, auf der der neue Bürgermeister Jochen Neumann (parteilos) die Amtsgeschäfte übernimmt. Mehrere Redner würdigten in der Sitzung die Verdienste der scheidenden Bürgermeisterin in den zurückliegenden 24 Jahren ihrer Amtszeit. Gedankt wurde für Erreichtes, die gute Zusammenarbeit, ihre Sachlichkeit und Beharrlichkeit. Und vor allem dem Agieren zum Wohl der Stadt und der Mehrheit der Bürger*innen. Auch wir schließen uns an der Stelle der Würdigung an und danken für eine immer faire und ausgesprochen sachliche Zusammenarbeit. Jochen Neumann hat es in seinen Worten auf den Punkt gebracht: Es sind große Fußstapfen, in die der Amtsnachfolger tritt.

Felix Thier,
Vorsitzender der Fraktion
Die Linke/LÖS

Zwei Luckenwalder Bürgermeister: Jochen Neumann (r.) dankt als zukünftiger Bürgermeister der scheidenden Bürgermeisterin Elisabeth Herzog-von der Heide



Foto: F. Thier

Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 3. Dezember 2025
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100% Recyclingfasern
Auflage: 1.400 · Dezember 2025, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.